



Einreicher

Datum

Drucksache Nr.

Bürgermeister - Fachbereich III (Bauen und öffentliche Ordnung)

19.05.2026

78/2026

Beratungsfolge	Sitzung	Abstimmungsergebnis		
		Ja	Nein	Enthaltg.
Ortsbeirat Elstal	08.06.2026			
Ortsbeirat Buchow-Karpzow	09.06.2026			
Ortsbeirat Priort	10.06.2026			
Ortsbeirat Wustermark	10.06.2026			
Ausschuss für Gemeindeentwicklung und Umwelt	11.06.2026			
Ortsbeirat Hoppenrade	15.06.2026			
Gemeindevertretung	30.06.2026			

Betreff

Einführung eines Scooter-Sharings in der Gemeinde Wustermark
Hier: Beratung und Beschlussfassung

Beschlussvorschlag

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Wustermark beschließt die Einführung eines zunächst auf sechs Monate befristeten Testversuchs für ein E-Scooter-Sharing-Angebot im Gemeindegebiet in Form eines:

- a) Freefloating-Systems*
- oder
- b) Stationsgebundenen Systems

*Die Verwaltung wird beauftragt parallel die Rahmenbedingungen für ein stationsgebundenes System vorzubereiten, sodass bei Bedarf jederzeit kurzfristig ein Wechsel erfolgen kann.

Drucksache: 78/2026

Beschlussbegründung:

In der vergangenen Sitzungsfolge wurde das Thema E-Scooter-Sharing bereits im Rahmen einer Informationsvorlage (45/2026) ausführlich und kontrovers diskutiert. Dabei zeigte sich, dass die unterschiedlichen Auffassungen parteiübergreifend vertreten wurden.

Seitens der Verwaltung wurde ursprünglich ein einjähriger Testversuch für die Ortsteile Wustermark und Elstal empfohlen, insbesondere mit Blick auf die kommende Sperrung der Lehrter Bahn als Ergänzung zum Angebot des Schienenersatzverkehrs (SEV), um den Bürgerinnen und Bürgern eine zusätzliche Mobilitätsalternative zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der geführten Diskussionen wird nun zunächst ein auf sechs Monate begrenzter Testzeitraum für das gesamte Gemeindegebiet vorgeschlagen.

Grundsätzlich bestehen zwei mögliche Betriebsformen: ein Freefloating-System oder ein stationsgebundenes System. Ein Wechsel zwischen beiden Varianten kann organisatorisch kurzfristig umgesetzt werden.

Gegenüberstellung der Systeme	Freefloating-System	Stationsgebundenes System
Erreichbarkeit	Alle Ortsteile sind erreichbar	Nur bestimmte Orte sind erreichbar
Wirtschaftlichkeit	Potenziell Wirtschaftlicher	Weniger Wirtschaftlich
Zielgruppen	Großer Nutzen für Beschäftigte, Touristen und Bürger	Großer Nutzen für Beschäftigte und Touristen
Steuerungsmöglichkeiten der abgestellten Fahrzeuge	Steuerung der Abstellbereiche durch ein Rabattsystem	Feste Abstellmöglichkeiten
Variabilität	Jederzeit umstrukturierbar zu einem station-gebundenen System	Jederzeit umstrukturierbar zu einem Freefloating-System

Die Verwaltung empfiehlt, zunächst mit einem Freefloating-System zu starten. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen für ein stationsgebundenes System bereits vorbereitet werden, sodass bei sich häufenden Beschwerden oder missbräuchlichen Nutzungen unmittelbar reagiert werden kann. Die Stationen sind dann virtuell in der App des Anbieters hinterlegt, wodurch gebuchte Fahrzeuge nur in diesen Bereichen abgestellt und abgeschaltet werden können. Im Fall einer erfolgreichen Testphase können auch physische Stationen hergestellt werden (beispielsweise durch Markierungen, Beschilderungen und/oder Abstellbügel).

Das Freefloating-System bietet den Vorteil, dass es stärker auf die tatsächlichen Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerschaft zugeschnitten ist. Ein stationsgebundenes System erscheint hingegen insbesondere für touristische Nutzungen oder gewerbliche Zwecke geeignet. Darüber hinaus ermöglicht das Freefloating-System die Analyse anonymisierter Bewegungs- und Nutzungsdaten. Dadurch können mögliche zukünftige Standorte für feste Stationen bedarfsgerecht identifiziert werden.

Die Gefahr ordnungswidrig abgestellter Roller kann zwar nicht vollständig ausgeschlossen werden, lässt sich jedoch durch die Auswahl eines erfahrenen und zuverlässigen Anbieters deutlich reduzieren. Teilweise muss bei Anbietern bei Abschluss der Fahrt ein Beweisfoto hinterlegt werden, als Beleg, dass das Fahrzeug ordnungsgemäß abgestellt wurde. Dadurch haben die Anbieter die Möglichkeit Nutzer zu kontrollieren und falls notwendig auch zu ermahnen oder zu sperren.

Die Erhebung einer Sondernutzungsgebühr gegenüber dem Sharing-Anbieter ist grundsätzlich möglich. Aus Sicht der Verwaltung sollte hierüber jedoch erst nach Abschluss des Testzeitraums und auf Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse entschieden werden.

Weiteres Vorgehen

In Abhängigkeit vom Beschlussergebnis wird die Verwaltung gemeinsam mit einem geeigneten Anbieter ein Angebot realisieren und die hierfür erforderlichen vertraglichen sowie organisatorischen Voraussetzungen schaffen.

Während des Testversuchs wird die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Anbieter Informationen zur tatsächlichen Nutzung, zur Anzahl der Beschwerden und zu Erkenntnissen über geeignete Standorte möglicher fester Stationen sammeln. Die gewonnen Erkenntnisse und Erfahrungen werden nach Abschluss des Testversuchs aufgearbeitet und dem politischen Raum vorgestellt.

Finanzielle Auswirkungen☐ Ja☒ Nein**Auswirkung auf Klima-, Natur- und Umweltschutz?** positiv

Die Nutzung von Scootern dient vor allem für die "letzte Meile" z. B. von zuhause zum Bahnhof oder vom Bahnhof zur Arbeitsstelle. Somit trägt ein Scooter-Sharing zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV bei. Wenn die Möglichkeiten, sich ohne eigenes Auto zu bewegen, eine größtmögliche Verfügbarkeit und Attraktivität aufweisen, kann die Belastung der stark genutzten Straßen reduziert und der Ausstoß von Treibhausgasen minimiert werden.

Kinder- und Jugendbeteiligung ☐ Ja ☒ Nein

.....
gez. Herr H. Schreiber
Bürgermeister